

BRIEFE AN DIE REDAKTION

Ärztmangel in Israel

Sie bringen in jedem Heft eine Anzahl von Aufsätzen, die mich aufs höchste interessieren. Eines der bemerkenswertesten scheint mir das Juniheft zum Weltkongreß des IBFG zu sein.

Eine Stelle in dem Aufsatz von A. J. Fischer über die Histadrut ist mir besonders aufgefallen. Da heißt es auf Seite 357, daß es in Israel viel zuwenig Mediziner geben würde. Dieser Hinweis entspricht nicht den Tatsachen.

Auf einen Arzt kamen 1938 in Deutschland 1370 Einwohner, 1951 in England, Wales und Schottland 851, ein Jahr später in den USA 721. Die heute geltende Zahl für Westdeutschland konnte ich nicht erfahren; im Statistischen Jahrbuch für die Bundesrepublik 1952 ist die Zahl der Ärzte nicht angegeben. Da aber bis 1951 bereits 3400 heimatvertriebene Ärzte mit Kassenzulassung zu den schon vorhandenen hinzukamen, ist die Zahl der auf einen Arzt entfallenden Einwohner sicherlich viel niedriger als 1938.

In Israel aber kamen 1952 auf einen Arzt nur 450 Einwohner. Es waren rund 3000 Ärzte registriert und zur Praxis zugelassen. Außerdem studierten 120 israelische Bürger im Ausland, 340 an der Universität in Jerusalem Medizin. Diese Daten sind einer von Mitgliedern des israelischen Gesundheitsministeriums und anderen Körperschaften unter Leitung von Prof. Tb. Grushka im Juli 1952 veröffentlichten Schrift über das Gesundheitswesen in Israel entnommen. Obwohl es darin heißt, daß man aus diesen Daten nicht schließen könne, daß der Gesundheitsdienst „oversupplied with doctors“ sei, so ist doch mit Sicherheit anzunehmen, daß nicht die Rede davon sein kann, daß es „viel zuwenig Mediziner“ gibt. In Israel sind im Gegenteil relativ viel mehr

Ärzte vorhanden als in anderen Ländern. Selbstverständlich ist dort, wie in allen Ländern, die Verteilung der Ärzte sehr ungleichmäßig: in den Städten gibt es verhältnismäßig viel mehr als auf dem flachen Land.

An anderen Sanitätspersonen herrscht aber Mangel. Die Gesamtzahl der Krankenpflegerinnen und Gesundheitsfürsorgerinnen beträgt rund 4000. Davon sind nach der oben angegebenen Quelle 780 staatlich qualifizierte Krankenpflegerinnen, die in Krankenhäusern arbeiten, und 300 Gesundheitsfürsorgerinnen. Die übrigen sind „praktische“ Krankenpflegerinnen und Hilfskräfte. Dazu kommen noch 600 Sozialarbeiter. Mangel bestand auch an anderem Personal: für die Überwachung der Lebensmittelversorgung und der Kanalisierung, ferner an Laboratoriumskräften. Vielleicht hat Fischer an diese Berufe gedacht, als er von „Medizinern“ sprach.

Dr. Ludwig Teleky, New York
Preußischer Regierungs- und Gewerbe-
medizinalrat a. D.

McCarthyismus

In Nr. 8 der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ lese ich auf Seite 504 den folgenden Passus: „Der Einvernommene muß also das Zeugnis in eigener Sache verweigern, will er nicht die Schmach des Denunziantentums auf sich laden, wird dann aber als Zeugnisweigerer so behandelt, als ob er Bolschewist gewesen wäre, selbst' wenn er notorischer Antibolschewist gewesen ist.“

Da m. E. die Diskussion über die Untersuchungen in den USA nur auf Grund von Tatsachen und nicht von Behauptungen, z. B. von „The Nation“, geführt werden sollten, möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, daß man als notorischer Antibolschewist, d. h. wenn man Antibolschewist gewesen ist (siehe oben),

keinerlei Veranlassung hat, das Zeugnis in eigener Sache zu verweigern, wenn man gefragt wird, ob man Kommunist gewesen ist. Man kann also nicht als Bolschewist behandelt werden, wenn man notorischer Antibolschewist war!

Ich verfolge seit Jahren die Untersuchungen und bin beinahe täglich wieder entsetzt, wenn ich lese, daß Leute an einflußreichen Stellen das Zeugnis verweigern, wenn ihnen obestehende Frage vorgelegt wird, oder wenn sie erklären, sich selbst belasten zu müssen, wenn sie auf die Frage, ob sie Spionage betrieben haben, unter Eid antworten.

Das Problem, das wir in Europa zu untersuchen hätten, wäre die Frage, wieso ein McCarthy auftreten mußte, um das volle Licht auf diese Angelegenheit zu werfen. Es ist m. E. ebenso falsch, jeden, der durch McCarthy beschuldigt wird, als armen Verfolgten zu betrachten, wie es umgekehrt beunruhigend wäre, wenn die Beschuldigten schutzlos wären, falls sie zu Unrecht verdächtigt würden. Für uns als Gewerkschafter sollte hier der Maßstab sein, ob Anhänger unserer Bewegung und die anderer fortschrittlicher Gruppen behelligt werden.

Im übrigen dürfte es Sie in diesem Zusammenhang vielleicht interessieren, daß im „Building and Construction Trades Bulletin“ (AFL) vom Juli und August 1953 zwei Artikel unter dem Titel „McCarthyism“ veröffentlicht wurden, die einiges Licht auf den ganzen Fall werfen. Möglicherweise geht man hier aus persönlichen Gründen interner Art zu weit, aber es ist bezeichnend, daß hier ein anderer Ton angeschlagen wird, als man ihn in Europa in allgemeinen aus US-Publikationen entnimmt.

Dr. H. Umrath, Amsterdam
Allgemeine Nederl. Bouwbedrijfsbond
Bondsbestuur

H. Umraths Einwand geht leider am wesentlichen der freiheitlichen, nicht im entferntesten kryptokommunistischen Opposition gegen den McCarthyismus vorbei. Es handelt sich nicht darum, das sagt doch mein Beitrag überdeutlich, daß ein Antibolschewist seinen Antibolschewismus durch Zeugnisverweigerung verheimlichen muß, um nicht dennoch als Bolschewist behandelt zu werden — was sicher nicht vorkommt —, sondern daß er das Zeugnis auch als Antibolschewist verweigern muß, wenn er Grund zu fürchten hat, daß die weiteren Verhörfragen ihn zwingen werden, Bolschewisten oder Kryptobolschewisten seines Bekanntenkreises zu nennen, das heißt zu denunzieren. Da er nur in eigener Sache, nicht in der anderer Personen die Aussage verweigern darf, verweigert er sie vorgeblich in eigener Sache, um nicht durch Gefängnisstrafen wegen Zeugnisverweigerung zur Denunziation von Personen gezwungen zu werden, die zu denunzieren ihm sein Anstand verbietet; was im wesentlichen auf Personen zutrifft, die un-

bekannterweise früher Bolschewisten oder Mitläufer waren, aber es nicht mehr sind. Aus diesem Grunde rief Einstein zur Non-cooperation mit den McCarthy-Ausschüssen auf, weil diese unter Mißbrauch der Verfassung Denunziantentum erzwingen.

Ich verstehe Umraths Erschütterung über den verheerenden Umfang der bolschewistischen Infiltration; aber überrascht bin ich nicht, denn ich habe sie in Deutschland von 1919 bis 1933 erfahren, ich selbst wurde wegen Antibolschewismus nicht wenigen Schädigungen ausgesetzt, ja geradezu geschnitten, z. B. von den Häuptlingen der Deutschen Liga für Menschenrechte, von den Drahtziehern im Schutzverband Deutscher Schriftsteller, und schließlich wurde ich vom Rundfunk, nur aus diesem Grunde, längere Zeit kaltgestellt. Und bestreitet man heute, daß auch die liberalen Zeitungshäuser, Ullstein, Mosse, Frankfurter Zeitung, bolschewistisch verwandt waren? Ich weiß schließlich aufs exakteste, daß es außerhalb der Sozialistischen Monatshefte kein einziges Presseorgan in Deutschland gab, das den Gesamtkomplex von Bolschewismus, Außen- und Militärpolitik als ein Ganzes rücksichtslos zu behandeln gestattet hätte.

Da ich das weiß, kann ich Umraths Verwunderung und sein Bedauern, daß es eines so groben Kumpans wie McCarthy zur Aufdeckung bolschewistischer Schlupflöcher bedurfte, erklären. Solange die vor allem von England dirigierte Weltpolitik den Bolschewismus für ihre Zwecke — vor allem als Gegenspieler gegen Frankreich — begünstigte (1918 bis 1934), war seine Bekämpfung unmöglich, seine intellektuelle Wirkung groß. Seitdem der Kampf gegen den Bolschewismus an die führende angelsächsische Weltmacht übergegangen ist, ist seine Bekämpfung selbstverständlich. Auch in Schweizer bürgerlichen Organen konnte ich aber wiederholt darauf aufmerksam machen, daß der neue Antibolschewismus einen imperialistischen Hintergrund hat — doch das führt zu weit. Schließlich verweise ich auf die Bekämpfung McCarthys — der einst selbst nur mit bolschewistischen Stimmen seine Wahl sichern konnte! — durch eine überwältigende Mehrheit des antibolschewistischen, liberalen Amerikas.

Felix Stössinger, Zürich

Gewerkschafter oder Gewerkschaftler?

Als langjähriger aufmerksamer Leser der GM habe ich festgestellt, daß Sie von der ersten Ausgabe an die früher übliche Bezeichnung „Gewerkschaftler“ durch „Gewerkschafter“ ersetzt haben. Ich bin durchaus damit einverstanden, frage mich aber, ob Sie damit nicht einer Sprachverstümmelung Vorschub leisten. Sollen wir nun auch Wissenschaftler (statt Wissenschaftler) oder Künstler (statt Künstler) sagen? Richard Hartung, Berlin

Jawohl: Wir sprechen von der ersten Ausgabe unserer Zeitschrift an von „Gewerkschafter“. Das gilt auch für die anderen Zeitungen und Zeitschriften des Bund-Verlages und der Organe der Gewerkschaften. Der Verzicht auf das -ler entsprang dem neu gewonnenen Selbstbewußtsein der Gewerkschaftsbewegung in der Nachkriegszeit. Man empfand die Wortbildung „Gewerkschaftler“ mit Recht als sozial diskreditierend. Wenn wir recht orientiert sind, hat der stellvertretende Vorsitzende des DGB, *Georg Reuter*, als Leiter der Presseabteilung zuerst die Anregung gegeben, in den Organen des Bund-Verlages und der Gewerkschaften nur noch von „Gewerkschaftern“ zu sprechen. Dieser Anregung wurde von den Gewerkschaftsjournalisten deshalb gern Folge geleistet, weil sie dem allgemeinen Empfinden entsprach, daß die vor 1933 geläufige Bezeichnung „Gewerkschaftler“ überholt sei.

Aber diese Anregung Georg Reuters war auch sprachwissenschaftlich durchaus begründet. Die Sprachwissenschaft belehrt uns darüber, daß die Ableitungssilbe (Suffix)-er (Arbeiter, Maurer, Dachdecker) durch Mißverständnisse und falsche Abtrennung weitgehend (Handel-Händler usw.) zu -ler entartete. Für die Bil-

dung der sogenannten *nomina agentis*, d. h. der von einer bestimmten Tätigkeit abgeleiteten Personenbezeichnungen, ist das Suffix -ler heute noch sehr weit verbreitet. Seit einiger Zeit macht sich jedoch sozusagen eine Anti-ler-Bewegung bemerkbar, die offenbar dem Gefühl entspringt, daß das -ler-Suffix herabsetzend wirkt und dem zu bezeichnenden Beruf oder Stand einen diskreditierenden Beigeschmack gibt.

Der „Gewerkschafter“ steht durchaus nicht mehr allein. Aus den „Wissenschaftlern“ werden in zunehmendem Maße „Wissenschaftler“. An dem „Künstler“ werden wir wohl noch lange festhalten, sollten aber nicht vergessen, daß es in unserer Sprache schon einmal den „Künster“ gegeben hat.

Die Wortbildung „Gewerkschafter“ ist unserer Zunge längst geläufig geworden. Wir werden in dieser Zeitschrift in Zukunft auch von „Wissenschaftlern“ reden, den Kundschaftlern (nicht Kundschaftlern) des Fortschritts.

Wir möchten auch die den Gewerkschaften nicht immer wohlgesinnten Zeitungen und Zeitschriften bitten, in Zukunft auf die „Gewerkschaftler“ zu verzichten. Die „Gewerkschafter“ sind in ihrer Masse selbstbewußte Arbeiter und keine „Arbeitler“.

WP